

B E S C H L U S S A U S Z U G

17. Sitzung des Kreistages des Kreises Herzogtum Lauenburg vom
15.03.2012

**zu 13.10. Der Kreis ist bunt - Gib Rechtsradikalen keine Chance
- gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen -**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dem gemeinsamen Antrag aller Kreistagsfraktionen zuzustimmen:

1. Der Lauenburgische Kreistag verurteilt den Versuch neonazistischer Gruppierungen, durch einen neuerlichen Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks am 29. März 1942 das Leid der damals betroffenen Bevölkerung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und zugleich den Versuch zu unternehmen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren.
2. Der Kreistag stellt fest, dass ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates und ein aktives Engagement zugunsten unseres bürgerlichen Gemeinwesens geeignet sind, politischem Radikalismus in all seinen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten. Wenn sich möglichst viele Menschen in Schleswig-Holstein durch ihren Einsatz in Parteien und Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Mitte der Gesellschaft positionieren, können sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, politischem Extremismus die Grundlage zu entziehen.
3. Der Kreistag spricht sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus aus und lehnt jede Form von Rassismus, Faschismus und rechter Gewalt entschieden ab. Unabhängig von Verboten einzelner Demonstrationen begrüßen wir das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und fordern alle Einwohner auf, sich aktiv und jederzeit jeder Form von Rechtsextremismus, Faschismus sowie Rassismus entgegen zu stellen.
4. Der Kreistag dankt ausdrücklich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit geschützt, mögliche Ausschreitungen unterbunden sowie Leben und Gesundheit in ihrem Dienst an unserem Gemeinwesen eingesetzt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.
5. Der Kreistag würdigt den Ermittlungserfolg der Polizei, der es ermöglicht gegen die Täter der rechtsradikalen Schmierereien sowie der Drohungen gegen das menschliche Leben in Ratzeburg und Mölln nun ein Strafverfahren zu eröffnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig